Nr. 238 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 15. Oktober 1932

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41 — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 10. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Polnische Minderheitsbeschwerde abgewiesen

Zaleski mit der Ablehnung einverstanden? — Sonderbares Verhalten des Völkerbundes — Auch die deutsche Agrarbeschwerde vertagt

Genf. Im Völkerbundsrat kam es am Donnerstag zu einer interessanten Aussprache über die Lage der polnischen Minderheiten in Oberschlesien auf Grund zweier Beschwerden des Polenverbandes in Oppeln. Das außerordentlich umfangreiche Beschwerdematerial des Polenverbandes besteht ausschließlich aus unbegründeten Klagen. Die preußische Staatsregierung hat zu den Beschwerden in einer eingehenden Denkschrift Stellung genommen und die Klagen als völlig unbegründet abgewiesen.

Der japanische Berichterstatter Nagaoka legte dem Völkerbundsrat einen Bericht vor,

der gleichfalls eine restlose Zurückweisung sämtlicher polnischen Klagen bedeutet.

Dieser Bericht stellt fest, daß für über die Hälfte der polnischen Klagen eine Behandlung vor dem Völkerbundsrat nicht in Frage kommen könne, da die Vorkommnisse außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Genfer Minderheitenkonvention von 1922 lägen. Der Berichterstatter schlug dem Rat vor, für den geringeren Rest der Klagen eine Behandlung abzulehnen und den Generalsekretär zu beauftragen, diese der deutschen Regierung für die Erledigung

durch das lokale Verfahren zu übermitteln.

Der Bericht lehnt damit ausnahmslos die Prüfung der zahllosen polnischen Beschwerden durch den Völkerbundsrat ab.

Der polnische Außenminister Zaleski gab hierzu eine kurze Erklärung ab, in der er eine Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes auf alle Minderheiten forderte. Der deutsche Vertreter Gesandter von Rosenberg erwiderte in deutscher Sprache, die polnische Minderheit in Oberschlesien habe durch die Einbringung dieser Klagen ihre Befugnisse weit überschritten. Sowohl der Sache des Völkerbundes, wie der der Minderheiten werde ein schlechter Dienst erwiesen, wenn die beschwerdeführende Minderheit, die im vorliegenden Falle unberechtigte und unbegründete Klagen vorbringe, Ereignisse aus der Vergangenheit ausgrabe, die bereits vor Jahr und Tag vor internationalen Instanzen entschieden seien und obendrein ihre Beschwerde in einem wenig angemessenen Ton halte. Ohne Aussprache wurde darauf der Bericht des japanischen Berichterstatters angenommen.

Der Völkerbundsrat nahm ferner ohne Aussprache einen Bericht des japanischen Berichterstatters über die vom Polenverband in Deutschland an den Völkerbundsrat übermittelten Beschwerde des polnischen katholischen Schulverbandes entgegen, in der der Besuch von privaten polnischen Fortbildungsschulen in Oberschlesien behandelt wird. Auf Vorschlag des Ratspräsidenten beschloß der Völkerbundsrat, einen juristischen Dreierausschuß einzusetzen, der zunächst die Frage klären soll, ob die deutschen Behörden das Recht haben, außer dem Besuch der privaten polnischen auch den der deutschen öffentlichen Schulen zu verlangen, solange nicht der Unterricht in den polnischen Privatschulen von den deutschen Schulbehörden als „genügend" angesehen worden sei.

Deutsche Agrarbeschwerde wieder vertagt

Anrufung des Haager Gerichtshofes?

Genf. In der Sitzung des Völkerbundsrates teilte der Berichterstatter für die Minderheitenfragen, der japanische Botschafter Nagacka, mit, daß der vom Völkerbundsrat unter seinem Vorsitz eingesetzte Dreierausschuß, dem die italienischen und englischen Kronjuristen Pilotti und Maltin angehören, trotz eingehender Beratungen ni Genf und Paris im Mai nicht in der Lage gewesen war, die Arbeit über die Agrarbeschwerden des Deutschtums in Polen abzuschließen. Er beantragte, diese Frage auf die Ratstagung vom 14. November zu verschieben. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Zu diesem Vertagungsentschluß wird von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß der Dreierausschuß in der deutschen Regierung den Entwurf des Berichts bald überreichen wird. Da es sich hierbei um die weittragende Frage der Entwurzelung des deutschen Grundbesitzes in den abgetretenen Gebieten handelt, so ist dringend eine sorgfältige Prüfung und Vorarbeit des Berichts erforderlich. Da die Arbeiten des Dreierausschusses infolge des umfangreichen Materials bisher nicht abgeschlossen werden konnten, ist von deutscher Seite dem Vertagungsvorschlag des japanischen Berichterstatters zugestimmt worden. Die deutsche Abordnung wird selbstverständlich bis zu der nächsten Ratstagung eingehend prüfen, ob der Bericht des Dreierausschusses, die für die deutschen Interessen notwendigen Bestandteile enthält. **Unter keinen Umständen wird von deutscher Seite auf wichtige Punkte verzichtet werden.** Sollte sich jedoch ergeben, daß der kommende Bericht des Dreierausschusses nicht den deutschen Interessen entspricht, so wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß sodann eine **Anrufung des internationalen Haager Gerichtshofes erforderlich wird.**

Monarchistenspuk!

Je schwieriger die Wirtschaftslage in Deutschland wird, und trotz der Ankurbelung der Wirtschaft, wie die Arbeitslosenziffer zeigt, um so umfangreicher und deutlicher mehren sich die Gerüchte, daß die Kreise um die Reichsregierung sich auch mit der Restauration der Monarchie in Deutschland beschäftigen. Erst kürzlich konnte der „Vorwärts" eine Nachricht bringen, wonach der Exkronprinz sich bestimmten Kreisen gegenüber geäußert habe, daß zu gegebener Zeit Hindenburg zurücktreten und den Kronprinzen als Reichsverweser einsetzen werde. Und es ist nicht überraschend, daß man sich sofort auf die Reichswehr und etwa 150 000 Stahlhelmleute stützen will, nur sagt man nicht, ob nun der Kronprinz zugleich der kommende Monarch sein soll oder man den „Kaiser" oder „König" suchen will, denn auch in diesen Kreisen ist man sich klar, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Hohenzollern und ihre Mißwirtschaft entschieden ablehnt. Gewiß, prompt erfolgt das Dementi der Reichsregierung, daß es sich bei diesen Nachrichten um Phantasiegebilde handelt, aber man hat es wohlweislich unterlassen, zu behaupten, daß der „Vorwärts" diese Phantasiegebilde geschaffen hat, man rückt nur von diesen Gerüchten ab, ohne sich gegen sie mit aller Entschiedenheit zu wenden. Man wird sich hierbei daran erinnern müssen, daß der Innenminister Gayl in einer seiner Reden, sich stolz als Monarchist bekannte, daß auch Papen in verschleierter Form die Monarchie als die gegebene Staatsform betrachtet, auch Hindenburg sagte gelegentlich, daß er an den alten Traditionen festhalte und da sie alle gemeinsam heute die deutsche „Republik" verwalten und Schleicher die Reichswehr fest in der Hand hat, ist es kein Wunder, zumal die Reichswehroffiziere alle in ihrer kaiserlichen Tradition denken und hoffen, daß solche Gerüchte von der Wiederkehr der Monarchie, immer bestimmtere Formen annehmen. Und man weiß auch, welche Bemühungen die kaiserlichen Prinzen machen, um den Hohenzollern den kommenden Monarchensitz zu verschaffen.

Die preußischen Junker und nicht zuletzt der Kreis des Herrenklubs, dem die heutige Regierung ihr Dasein verdankt, haben ja noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie Deutschland für die Monarchie wieder reif halten, nur hat man noch nicht den Monarchen entdeckt, der geeignet wäre, „Deutschland zur kommenden Macht und Größe" zu führen, denn überflüssiges Geld scheint man trotz der ungeheuren Krise zu haben, wie der Aufmarsch des Stahlhelms beweist und Hugenbergs Segen zu dieser Soldatenspielerei, die nur geeignet ist, Deutschland im Ausland zu kompromittieren. Gewiß, neben dem Kronprinzen warten, nach seiner Aufgabe, auch schon die Wittelsbacher, denen man eine Donaumonarchie verschaffen will und in Ungarn hat erst dieser Tage der neue Regierungschef, Gömbös, im Parlament und in der Herrenkammer versichert, daß zwar jetzt noch von der Königsfrage nicht gesprochen werden könne, weil die Schwierigkeiten zu groß wären, aber daß zur gegebenen Zeit die alte „Stephanskrone" in ihrem alten Glanz erstrahlen werde. Man stützt diese Hoffnungen insbesondere auf Italien, obgleich Mussolini den italienischen König als Herrscher, mehr als Attrappe, bezeichnet, denn als Monarch, der etwas, bezüglich der Regierung des Landes, zu sagen hat. Aber auch Frankreich läßt in Ungarn Erwartungen erwecken, als wenn es gegen die Ausrufung eines Königs, der ja bereits in Bereitschaft auf seine Einführung wartet und von demselben Gömbös bereits einmal vertrieben worden ist, als er unerwartet in einem Flugzeug nach Ungarn heimkehrte, nichts einzuwenden habe. Horthy hat auch nie einen Hehl daraus gemacht, daß er die Wiederkehr der Monarchie in Ungarn erwartet, und daß alle seine Bestrebungen in dieser Richtung gehen, wollte man doch bereits einmal in großer Finanznot sogar einen englischen Zeitungsmagnaten als König nach Ungarn einführen, doch hat sich dieser lieber mit dem Titel eines Zeitungskönigs begnügt, um sich der Lächerlichkeit einer ungarischen „Königskrone" nicht zu begeben. Und es ist auch kein Geheimnis, daß gleich der „Königs- oder Monarchistensehnsucht" in Deutschland und Ungarn auch die russischen Emigranten auf ihren Zaren warten, der die Bolschewisten vertreiben soll. Hier mag es gewiß Phantasiegebilde sein, aber in Deutschland und Ungarn beginnt die Königsfrage konkrete Formen anzunehmen.

Gegen Papen und Monarchistenspuk

Der Vorstand der SPD „an das deutsche Volk!"

Berlin. Der „Vorwärts" bringt einen Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Ueberschrift:

„An das deutsche Volk!".

In dem Aufruf heißt es: Reichskanzler v. Papen hat mit seiner Rede in München **der demokratischen Republik den Krieg erklärt.** An die Stelle einer Staatsgewalt, die vom Volk ausgeht, will Herr von Papen das konservative Gottesgnadentum setzen. Er fordert für die Länder die „Verfassungsautonomie" d. h. das Recht,

Monarchie u. Klassenwahlrecht wieder einzuführen.

Er erklärt, seine Regierung habe den Willen und die Macht, die Verfassung zu ändern. Er wird aber für seine reaktionären Pläne weder eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages noch eine Mehrheit aller Stimmberechtigten bei einer Volksabstimmung gewinnen können, ohne die eine Reform auf verfassungsmäßigem Wege nicht möglich ist. Die ihm ergebene Presse gibt unzweideutig zu verstehen,

daß dies auf dem Wege des Staatsstreichs und des Verfassungsbruchs geschehen soll.

Der Vernichtungswille der Reaktion gilt den politischen und sozialen Rechten. Wenn das Adelsregiment die **Diktatur des Großgrundbesitzes** verfassungsmäßig verankert, so werden Lohndruck und Unterstützungsdruck damit verewigt.

Gegen die Pläne der Regierung der Barone stellt sich die Sozialdemokratie **zur Verteidigung und zum Gegenangriff.** Volksgenossen,

fordert mit uns die Enteignung des staatsstreichlüsternen Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Banken, die planmäßige Leitung der Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit durch einen sozialistischen Staatswillen.

Je mehr Nazis im Reichstag, desto mehr Barone in der Regierung!

Nur über Hitlers bereitwilligst hingehaltenen Rücken kam Papen zur Macht.

Der Völkerbund „spart"

Gehaltsherabsetzung für die Völkerbunds-Generalsekretäre. — Kanada stellt Antrag auf Ernennung des zweiten Stellvertreters.

Genf. Der 14gliedrige Ausschuß für die Reform der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats hat am Donnerstag eine Herabsetzung der Gehälter der Generalsekretäre beschlossen. Es wurde festgesetzt, daß in Zukunft einschließlich der Aufwandskosten erhalten sollen:

der Generalsekretär des Völkerbundes 140 000 Goldfranken (bisher 165 000 Goldfranken),

die stellvertretenden Generalsekretäre 85 000 Goldfranken (bisher 100 000 Goldfranken),

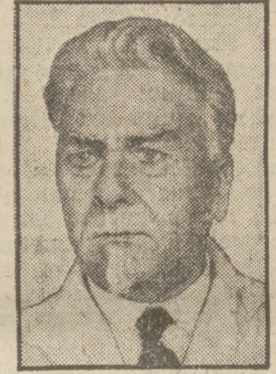
die Untergeneralsekretäre 75 000 Goldfranken (bisher 87 000).

Durch diese Ersparnisse will man die Schaffung eines neuen Postens des zweiten stellvertretenden Generalsekretärs möglich machen. Der kanadische Berichterstatter brachte den formellen Antrag ein, in Zukunft einen zweiten stellvertretenden Generalsekretär zu ernennen, ließ jedoch die Frage der Besetzung dieses Postens durch die großen oder kleinen Mächte offen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird zur größten Aufmerksamkeit aufgerufen, über diese Phantasiegebilde einer Klasse, die Deutschlands Unglück durch eine verheerende Außenpolitik herbeigeführt hat. Nun, wir haben ja auch einige Zeit in Polen einen Monarchistenspuk gehabt, und es fehlte nicht an Kreisen, die gerade Pilsudski als die kommende Dynastie in Erwägung gezogen haben, aber dieses Phantasiegebilde scheint inzwischen in die Vergessenheit geraten zu sein, wenn auch die Monarchistenpartei mit viel Tam-Tam ihr „Ideal" predigt. In Deutschland geht man schon weiter und verbreitet das Gerücht, daß, bald nach den Reichstagswahlen, nach Potsdam eine zweite „Nationalversammlung" zusammengerufen werden soll, die die Weimarer Verfassung beseitigt und eine neue Ständevertretung, statt des Reichstages schafft und als Staatsform die Monarchie festlegt. Betrachtet man all diese Gerüchte, so ist wirklich die Frage ernsthaft aufzuwerfen, ob man diese Dinge noch als real betrachten soll, denn Deutschland hat wahrhaftig größere Sorgen, als den Monarchistenspuk, der dahin ist und nur durch einen Bürgerkrieg Wirklichkeit werden kann. Aber es ist ja kein Witz zu gering, um nicht Wirklichkeit zu werden, wenn man den Brachtschen Badezwickel betrachtet, der eingeführt wurde, um die Sittlichkeit zu retten, während es in Berlin selbst Wohnungen gibt, in denen drei bis vier Familien und oft bis 12 Personen, wohnen, aber statt dieser Sittlichkeitssorgen hat man den Badezwickel angeordnet, und wahrscheinlich ist man in diesem Zusammenhang der Meinung, daß gegen Krise und Wirtschaftsnot, die Wiederkehr der Monarchie, das gegebene Hilfsmittel ist.

Wir registrieren diese Monarchensehnsucht auch nur aus journalistischer Pflicht, weil sie in den letzten Tagen zu vielerlei Betrachtungen Anlaß gegeben hat. Aber genau so, wie in Ungarn die Monarchisten ihren König zurücksetzen mußten, weil noch ernsthaftere Schwierigkeiten zu überwinden sind, — und Gömbös hat dieser „Sehnsucht" am besten Ausdruck gegeben, — so wird auch der Exkronprinz ein wenig warten müssen, bis sich sein Traumgebilde verwirklicht, wenn er auch mit Herrn von Papen bei der Stahlhelmtagung einen kräftigen Händedruck gewechselt hat. Die Monarchie in Deutschland ist nur durch Beseitigung der Arbeiterbewegung möglich, und um diese im Keime zu ersticken, dazu reicht weder die Reichswehr, noch der Stahlhelm, es wird ein Monarchistenspuk bleiben, wie so manche Hoffnung, auf Wiederkehr der herrlichen Zeiten der Vorkriegszeit, die gewiß herrlich waren, wenn auch nur für einige Wenige, während die Mehrheit den Tag begrüßt hat, wo sie ihren Wilhelm davonrennen sah!

—ll.



Ein Deutscher zum Präsidenten der internationalen eugenischen Organisation ernannt

Universitätsprofessor Dr. Ernst Rüdin-München, Vorstand der deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie am dortigen Kaiser-Wilhelms-Institut, wurde in Neuyork zum Präsidenten der internationalen Vereinigung eugenischer Organisationen gewählt. Diese Organisationen beschäftigen sich mit der wissenschaftlichen Rassen- und Stammeshygiene, für die Prof. Rüdin seit vielen Jahren als erste Kapazität gilt.







Was geht in Rußland vor?

Auf Beschluß des Präsidiums der Zentralkommission der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union — dessen Generalsekretär Stalin (rechts ist — wurden 20 einflußreiche Parteimitglieder aus der Partei ausgeschlossen, darunter der frühere russische Botschafter in Rom und frühere Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, Kamenew (links) und Sinowjew (Mitte) einst einer der nächsten Mitarbeiter Lenins.

Die Londoner Aussprache

Die Besprechungen Herriot—Macdonald — Optimismus in London?

London. Die Besprechung zwischen Macdonald und Herriot wurde am Donnerstag fortgesetzt. Sie wird am Freitag vormittag wieder aufgenommen werden. Die Abreise Herriots ist auf Freitag 17 Uhr festgesetzt worden.

Von unterrichteter nicht amtlicher französischer Seite wurde am Donnerstag abend erklärt, daß Herriot dem englischen Ministerpräsidenten bereits die großen Linien des französischen Abrüstungsplanes mitgeteilt habe. Es dürfte jedoch nicht richtig sein, von einem fix und fertig ausgearbeiteten Plan zu sprechen, dessen Punkte bereits unabänderlich feststünden. Herriot scheine versuchen zu wollen, Gegenvorschläge Macdonalds irgendwie in die französischen Vorschläge hinein zu verarbeiten. Herriot habe tatsächlich ein allgemeines Abrüstungsabkommen, einen Konsultativpakt und regionale Sicherheitsabkommen sowie die Bildung einer internationalen Streitmacht im Sinne. Auch die Mutmaßungen über einen Vorschlag, ein internationales Waffen- und Munitionslager anzulegen, seien in sofern nicht unrichtig, als Herriot eine Reihe technischer Anregungen mitbringe, die aber noch keineswegs fest in den französischen Plan verarbeitet worden seien.

Die Besprechungen mit Macdonald sollten eben in dieser Richtung weitgehend zu einer Klärung beitragen. Aus den bisherigen englischen Meinungsäußerungen gewinnt man den Eindruck, daß Macdonald anscheinend mit Erfolg versucht hat, die Erörterung von Plänen in den Hintergrund zu schieben, die nicht unmittelbar mit der Aufgabe zusammenhängen, die Genfer Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Macdonald habe seinen ursprünglichen Gedanken eines Meinungsaustausches zwischen den Mächten weiter verfolgt und habe sich im Verlaufe der Verhandlung bereiterklärt, auch die kleineren Mächte hinzuzuziehen. Ueber den Ort der Zusammenkunft sei man sich offensichtlich noch nicht einig geworden. Es sei jedoch möglich, daß Macdonald nicht mehr unbedingt auf London bestehe, womit noch nicht gesagt sei, daß er sich dem französischen Wunsche gefügt habe, Genf zum Zusammenkunftsort zu machen.

Blutige Kämpfe auf der Philippineninsel Jolo

Erdbeben während des Kampfes im Urwald.

New York. Wie aus Manilla gemeldet wird, umzingelten 60 Polizeibeamte unter amerikanischer Führung auf der Philippineninsel Jolo in Sulu Archipel, die Schlupfinsel des berüchtigten Moro-Stammes, im Urwalde, der sich dorthin mit Frauen und Kindern zurückgezogen hatte, nachdem 24 Polizeibeamte aus Hinterhalten niedergeschossen worden waren.

Nach einem achtstündigem Kampf mit dem Moro-Stamm wurden über 10 Eingeborene sowie ein Polizeibeamter getötet. Die Schrecken des Urwaldkampfes wurden durch ein Erdbeben vergrößert, das während des Kampfes stattfand. Die Polizei setzt ihre Bemühungen fort, um den Eingeborenenstamm der Moros zum Gehorsam zu zwingen und die Insel Jolo von Banditen zu säubern.

Kommunistischer Aufstand in Südbulgarien?

London. Wie aus Saloniki von der bulgarischen Grenze gemeldet wird, ist in Südbulgarien ein kommunistischer Aufstand ausgebrochen. Bulgarische Offiziere sollen die griechische Grenze überschritten und sich den griechischen Behörden ergeben haben.

Keine Senkung der Zündholzpreise

Warschau. Betreffs der Beibehaltung der gegenwärtigen Preise erklären die maßgebenden Faktoren: Die polnische Regierung partizipiert in hohem Maße sowohl an dem Pachtzins des Zündholzmonopols als auch an den Akzisen. Aus den Eingängen dieses Titels werden die Zinsen und die Amortisationsquoten der Zündholzanleihe in Höhe von 32 Millionen Dollar gezahlt. Außerdem kann im Sinne des Zündholzvertrages der Preis nicht so gesenkt werden, daß der Konsument im Kleinverkauf die Verbilligung spüren würde. Kleine Schwankungen bei den Produktionskosten können auf die Detailpreise nicht einwirken. Jede Verbilligung dieser Art würde dem Kleinverkäufer nicht aber dem Verbraucher zugute kommen. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß eine Verbilligung der Streichhölzer nicht zu erwarten ist.

Mexikanischer Schnellzug überfallen

Mexiko Stadt. Der zwischen der Stadt Guadalajara im Staate Jalisco und Mexiko Stadt verkehrende Schnellzug wurde von einer Räuberbande überfallen. Eine Anzahl Banditen konnte gefangen genommen werden, von denen 12, nach Mitteilung der Militärbehörden von Guanajuato, standrechtlich erschossen wurden.

Ehrenburg:



DIE HEILIGSTEN GÜTER

Roman der großen Interessen

66)

Etwa zwei Wochen später schrieb der Feuilletonist einer sozialistischen Zeitung: „Wir sind kein kommunistisches Skandalblatt, das nur dank den Almosen Moskaus existiert." Es gab viele Zeitungen und viele Journalisten, — die Schillinge zersplitterten sich; erschüttert von der Kläglichkeit des Honorars, seufzte der Feuilletonist betrübt. Das kommunistische Blättchen hat sein Erscheinen zwar schon längst eingestellt, aber die Zeitungen der Heimwehr zahlen weit besser . . . Rubin, Lire, kurzum, „das verdammte Kapital" . . . Man müßte doch auf diese Tschechen einen Druck ausüben! . . .

Wainsteins Namen erwähnt niemand, auch ist er schon weit weg. Er hat das Seine getan: der Einsatz in die Bank ist gezahlt, die Gesichter der Spieler röten sich allmählich, die Finger zittern . . . Ja, man kann sagen, was man will, Wien ist eine entzückende Stadt; um ihretwillen könnten sie sich alle, wenn nicht heute, so doch morgen, miteinander raufen, die sogenannten „Verbündeten", die Busenfreunde. Bestellungen Italiens. Bestellungen Jugoslawiens. Bestellungen der Tschechen. Ungarn ist wütend. Die Anschlußfrage bringt die Deutschen immer wieder auf. Der Franzosen bemächtigt sich infolgedessen eine Panik. Der Rothaarige hat hier also Grund zum Lächeln, und man sage nicht, Wien bedeute nur angenehme Erinnerungen (nicht aus dem Herzen zu reißende Bilder jenes heißen Julitags, als die Bürger am Strande braun brannten, die Sozialisten soviel sie wollten von Verbrüderung schwatzten und Wainstein mit Appetit die Speisenfolge des bevorstehenden Mittagessens durchsah) und die Worte: Berchtold, Ultimatum, Erzherzog, Tisza klangen wie längst vergangene Jugend. Nein, trotz der Schläfrigkeit des Rings ist Wien voller Leben. Der Juli kann sie wiederholen. Es wächst eine neue Generation heran. Was die Leidenschaften anbelangt, so sind sie ewig. Wainstein kennt das menschliche Herz. Wien bedeutet für ihn nicht nur Bestellungen, sondern auch Poesie; dieser Grobian, der anscheinend die Künste verachtet, ist der feinsten Empfindungen fähig. Berauscht hatte einstmals der junge Wulf einer Hundehochzeit zugesehen: eine kleine, jämmerliche Hündin mit eingekniffenem Schwanz und rund um sie ein Dutzend Rüden, rotäugig, mit heraushängender Zunge, Schaum ums Maul, genau wie griechische Götter, na, und dann eine Beißerei, das Fell fliegt in Fetzen, Gewinsel, Gebell, Gekläff, bis schließlich der Sieger, ganz naß und voller Sehnsucht, ein Romeo, — wenn er auch einen anderen Hundenamen hat, — die Hündin oder Hundemuse sattelt. So ist es auch mit Wien. Wainstein liegt auf der Lauer.

Alsbald erscheint von Ulrich. Allerdings kann hier von grobem Gekläff keine Rede sein, denn von Ulrich hat eine sehr delikate Mission: er soll nicht nur mit Seipel, sondern auch mit Rubin verhandeln. Oesterreich ist selbstredend ein unabtrennbarer Teil Deutschlands. Willi braucht das gar nicht an allen Straßenecken auszuposaunen. Wer begreift denn nicht, daß dies eine Frage der Zeit ist? Aber für uns ist es keineswegs vorteilhaft, mit den Italienern Streit zu bekommen. Also kein Wort für Anschluß! Die Verhandlungen beziehen sich nur auf wirtschaftliche Fragen. Ja, was können diese Oesterreicher auch machen? Man muß Versailles wie eine Zuchthausstrafe abzubüßen wissen. Jede neue Fabrik in Düsseldorf oder Halle ist ein Schritt zu Groß-Deutschland; nicht in der alten Hofburg werden die Geschicke Wiens entschieden, sondern inmitten der Werkbänke, wo mit jeder Stunde neben den Dividenden der Trusts auch die Macht der Nation zunimmt.

Das klang recht nobel, und niemand konnte von Ulrich des Verrates an den Idealen verdächtigen, obwohl er den Vortrag eines der übermäßig fanatischen Patrioten, der über das Martyrium der Bauern jenseits der Grenze empört war, ärgerlich mit den Worten abwehrte: „Wie oft sollen wir denn wiederholen, daß Mussolini unser Freund ist!"

Was Rubin betrifft, so war ein Teil des Gesprächs dem Kalzium gewidmet. Von Ulrich schlug vor, sich der allgemeinen Konvention anzuschließen. Doch beschränkte er sich nicht darauf. Er wollte herausbringen, warum Rubin deutschfeindlich sei. Rubin berief sich selbstverständlich auf die gesamteuropäische Situation. Das wußte von Ulrich natürlich auch ohne ihn. Es handelte sich um die Zukunft, genauer: um die Marschroute der Heimwehr, die von Rubin leicht bestimmt werden konnte. Man mußte in aller Vorsicht mit der moralischen Vorbereitung beginnen. Rubins Interessen widersprachen dem durchaus nicht, im Gegenteil, der Anschluß verhieß ihm neue Möglichkeiten. Auch war mit den Arbeitern in einem großen Lande viel leichter fertig zu werden. Ob etwa in Deutschland ein Wirrwarr wie in Wien denkbar sei, wo der Gemeinderat sich zu einer Nebenregierung aufgeworfen habe? „Unsere Sozialisten sind nur anderem Schrot: mit denen kann man sich einigen. Im Grunde genommen haben sie nichts gegen die bestehende Ordnung. Ein paar kleine Reformen. Das übrige ist für die Wähler." Zudem müßten eigentlich die Anmaßungen der Franzosen Rubin schrecken.

Mag wohl sein! Rubin widersprach weder, noch stimmte er zu. Die Frage war für ihn klar: „Da streiten sie sich nun alle, wem Wien gehören soll. — den Deutschen, den Italienern, den Tschechen, da sind die Franzosen mit ihrer „freundschaftlichen Unterstützung", da sind auch die Serben, kurzum — ein großer Wirrwarr. Wien aber muß wem gehören? Rubin. Wie soll man das nur richtig formulieren? . . . Abgesehen von Einnahmen, von Banken und Trusts, abgesehen von Gott und der verstohlenen Träne am „Versöhnungstag", ist da noch die sogenannte „Politik". Rubin seufzt:

Nichts liegt mir mehr am Herzen als der Friede!"

Von Ulrich: „Aber natürlich!" Als ob er selber kein Pazifist wäre! Um des Friedens willen machte ja Deutschland alle Zugeständnisse. Aber die Existenz Oesterreichs als solche bedeutet ja Krieg. Die Italiener rüsten. Und die Serben bauen fieberhaft strategische Bahnen; ihre Armee kommt zahlenmäßig der des ehemaligen Oesterreich-Ungarn gleich! Für eine Großmacht ist ein Krieg ein Wagnis, für Oesterreich wäre er einfach der Tod. Von Ulrich wiederholt: Die Frage wird nur hinter den Kulissen, nur im Prinzip aufgeworfen, keinerlei öffentliche Reden, gewisse Andeutungen der Heimwehrführer, keine Deklaration, nur eine kaum merkliche Nuance. (Zu sich selbst: Diese „Nuance" wird sich bei den Verhandlungen mit den Franzosen bezüglich des Saarbeckens als vortrefflicher Trumpf erweisen.) Rubin verspricht, zu überlegen, zu erwägen. Es ist möglich, daß von Ulrich recht habe. Hinsichtlich des Kalziums sei er einverstanden. Komplimente. Lächeln auf beiden Seiten. Von Ulrich ist von dem Gespräch befriedigt: Rubin hat sich trotz seiner Nase und der Jugend seines Reichtums lorett benommen. Er ist weit feiner und klüger als Wainstein . . .

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Ein Advokat, der sich zu helfen wußte

Es ist direkt ausgeschlossen, daß heute ein ehrlicher Mensch zum Gelde kommen kann. Vor dem Kriege war das noch möglich, denn man hat sparen können. Die Löhne, die Gehälter, wurden von unten nach oben reguliert. Heute stellt man alles auf den Kopf und reguliert die Löhne und Gehälter von oben nach unten. Hat der Arbeiter einen Lohnaufbau bekommen, so konnte er den Zuschlag auf die Sparkasse tragen. Dasselbe gilt für den Beamten und Angestellten, der die Gehaltserhöhung auf die Sparkasse tragen konnte. Den Lohn, bezw. Gehälterabbau kann man unmöglich auf die Sparkasse tragen, weil das nichts einbringt. Wer heute zum Geld kommen will, und Gelegenheit dazu hat, der begeht Veruntreuungen oder er stiehlt ganz einfach, denn ein anderer Weg steht ihm nicht frei.

Aber es gibt noch andere Wege die zum Ziele führen und diesen Weg hat ein Lemberger Advokat gewählt. Seine Kanzlei ging schlecht, die Zahl der Klienten war bescheiden und deshalb wollte der Advokat Szczyryk den Kreis seiner Klienten künstlich vergrößern. Er sann ein wenig nach, und dann schickte er zu einem Geldhab einen Brief, in welchem er diesen aufforderte, das ausgeliehene Geld (hier wurde der Betrag genannt) binnen 2 Tagen zurückzuzahlen, denn sonst wird er gegen ihn den Klageweg betreten. Der Briefempfänger tat anfangs erstaunt, las den Brief zwei und dreimal durch und dann warf er ihn in den Ofen. Es hat auch solche gegeben, die die Aufforderung, die Schuld abzutragen, dem Rechtsanwalt zurückschickten und dazu bemerkten, daß sie ihm nichts schulden und mit ihm niemals finanziell in Verbindung standen. Das kam aber selten vor, denn die meisten „Schuldner“ dachten an einen Irrtum und ließen das Schreiben unbeantwortet. Sie waren aber nicht minder erstaunt, als sie nach etlichen Wochen eine Einladung vom Gericht erhielten, woselbst gegen sie über die schwebende Schuld, die im Fälligkeitstermin nicht zurückgezahlt wurde, verhandelt werden sollte.

Zu der Gerichtsverhandlung muß ein jeder Bürger hingehen, wenn er die Konsequenzen nicht tragen will. Diese Konsequenzen sind sehr verschieden. In Strafsachen wird man in Abwesenheit verdonnert oder das Gericht ordnet die polizeiliche Vorführung an und Tragung der Gerichtskosten. In zivilrechtlichen Dingen, wird man zur Zahlung in Abwesenheit verurteilt. In unserem Falle mußte der Betreffende erscheinen, denn sonst hätte das Gericht dem Advokaten ohne weiteres den fraglichen Betrag zugesprochen. Da blieb dem vermeintlichen Schuldner nichts anderes übrig als sich zu der Gerichtsverhandlung zu bequemen, was sie auch taten. Hier haben sie versichert, daß sie mit dem Advokaten nichts zu tun hatten, daß sie von ihm kein Geld ausgeliehen haben und ihm auch nichts schulden. Nicht wenig waren sie erstaunt, als Zeugen aufmarschierten, die unter Eid aussagten, daß sie gesehen haben, als ihnen das Geld ausgezahlt wurde. Natürlich hat das Gericht dem Advokaten den fraglichen Betrag zugesprochen, denn Eid ist eben Eid und andere Beweismittel standen nicht zur Verfügung. Nun appellierten die Verurteilten gegen das erstinstanzliche Urteil, aber wurden vom Bezirksgericht abgewiesen, weil der Advokat den Beweis erbrachte, daß sie tatsächlich das Geld bekommen und nicht zurückgezahlt haben. Sie mußten die Schuld, die sie gar nicht gemacht haben, abtragen und wer kein Bargeld beschaffen konnte, wurde gepfändet. In manchen Fällen hat es sich um höhere Beträge gehandelt und die Pfändung hat Kaufleute und Gewerbetreibende ruiniert.

Ein Lemberger Fleischermeister „schuldete“ dem Advokaten 1000 Zloty und wurde selbstverständlich zur Zahlung des Betrages verurteilt. In seiner Bedrängnis, zumal ihm die Pfändung drohte, wandte sich der „Schuldner“ an die Polizei um Hilfe. Er beteuerte, daß er mit dem Advokaten niemals finanziell etwas zu tun gehabt hat, daß er ihn überhaupt nicht kenne und das hier ein Irrtum vorliegen müsse. Vielleicht ist ein anderer Schuldner gleichen Namens da oder es liegt gar ein Schwindel vor. Die Polizei hat schon von diesen Prozessen früher gehört, denn man sprach in Lemberg darüber, weil die Zahl der „Schuldner“, die da verurteilt wurden, stieg. Die Polizei nahm sich auch dieser Sache an und zog Erkundigungen ein. Vor allem ging man den Zeugen nach, die da unter Eid aussagten, daß sie genau wissen, daß die betreffenden Schuldner dem Advokaten das Geld schulden. Man kam zu überraschenden Resultaten, denn es stellte sich heraus, daß das solche Zeugen waren, die den Eid gewerbsmäßig geleistet haben. Einer war ein vielfach vorbestrafter Mensch, aus Kongreßpolen. Nun griff die Polizei zu und sperrte die Zeugen, samt dem Gläubiger ein. Die Sache hat in Lemberg viel Staub aufgewirbelt und man sieht der gerichtlichen Verhandlung über diese Schwindeleien mit Spannung entgegen.

Versprechungen an die Arbeitslosen

Mit Heringen hat das Hilfskomitee die Arbeitslosen für den Winter „versorgt“, die in verwestem Zustande an die Arbeitslosen verteilt wurden. Mit der Kartoffelversorgung sieht es bis jetzt ganz arg aus, denn man hört noch nicht, daß die Winterkartoffeln im Anrollen sind. Wohl hat die Stadt Kattowitz einige Kartoffeln beschaffen können, die an die Arbeitslosen und Rentner gegenwärtig verteilt werden. In allen anderen Industriegemeinden ist von einer Kartoffelverteilung noch nichts zu hören.

Das Wojewodschaftshilfskomitee hat sich an die schlesisch. Landwirte mit einer Bitte gewendet, Lebensmittel für die Arbeitslosen zu liefern. Besonders wird wegen Kartoffelnlieferung angeklopft. Insgesamt werden für die Arbeitslosen in der Wojewodschaft 30 000 Tonnen Kartoffeln benötigt. Das Hilfskomitee nimmt aber auch alle anderen Lebensmittel an, wie Getreide, Hülsenfrüchte, Kraut usw. Dieser Appell an die Landwirte ist am Platze, aber man klopft ein wenig spät an, denn die Zeit ist vorgerückt und jeden Tag kann Frost kommen. Setzt die Kälte ein, dann ist es aus mit der Kartoffelnbelieferung und die Arbeitslosen bleiben ohne Kartoffeln. Inzwischen werden die Arbeitslosen mit Versprechungen gefüttert, daß sie die Winterkartoffeln bekommen. Man sieht daraus, daß die Hilfsaktion unzureichend ist und das steigert die Unzufriedenheit in den Reihen der Arbeitslosen. Eile tut hier not.

Die Budgetkommission gegen den Wojewodschaftsrat?

Keine Behandlung der Berichte der Obersten Kontrollkammer

Die Budgetkommission des Schlesischen Sejms beschäftigte sich am Donnerstag, nachmittags, mit den Berichten der Obersten Kontrollkammer, über die Ausführung der Budgets der schlesischen Wojewodschaft, aus den Jahren 1924 bis 1928, also seit der Stabilisierung der polnischen Valuta bis zur sejmlosen Zeit. Die Berichte sind eine Art Rechenschaft über die Ausführung des Budgets, dessen Bewilligung dem Schlesischen Sejm obliegt. Die Oberste Kontrollkammer, die eine besondere Abteilung für Schlesien unterhält, überprüft die Durchführung des Budgets und macht seine Bemerkungen, bezüglich der Verwendung der einzelnen Titel, sowie der Ueberschreitungen, die im Verlauf des Budgetjahres vorgenommen wurden oder notwendig waren. Auf dem Gebiete des Budgetsrechts ist bekanntlich die Auflösung des ersten Schlesischen Sejms erfolgt und man war wohl daran interessiert, wie sich der Wojewode aus dem selbständigen Budgetrecht während der sejmlosen Zeit herausziehen wird. Vor etwa 11 Monaten hat nun das Plenum des Sejms der Budgetkommission die umfassenden Berichte zugestellt und gerade, als dieser Punkt auf der Tagesordnung der Budgetkommission stand, wurde der dritte schlesische Sejm im Mai geschlossen, so daß die Budgetkommission ihre erste Sitzung der zweiten Session, mit den Beratungen über die Berichte eröffnen sollte.

Bald nach Verlesung der Tagesordnung stellte der Vorsitzende der Budgetkommission, der Abgeordnete Dr. Chmielewski fest, daß die

Budgetkommission sich mit den Berichten der Obersten Kontrollkammer nicht befassen könne, weil der, im autonomischen Statut vorgesehene, Weg nicht innegehalten wurde,

weil der Wojewodschaftsrat die Nachbewilligung der Budgetüberschreitungen, die sich zwischen 2 und 8 Millionen in den einzelnen Budgetjahren bewegen, nicht hat vom Sejm nachbewilligen lassen und aus diesem Grunde wohl der Bericht der Obersten Kontrollkammer zur Kenntnis genommen werden kann, aber eine Diskussion nicht stattfinden könne, bevor

der Wojewodschatsrat nicht das Absolutorium des Sejms nachgesucht

habe. Er empfahl die Annahme einer Resolution in diesem Sinne, welche dem Plenum vorgelegt werden soll.

Die Ausführungen des Abg. Chmielewski wirkten auf die anwesenden Wojewodschaftsvertreter und die Abgeordneten des Regierungslagers, wie eine Bombe, und fast schien es, daß man auf dieser Seite die Sprache verlor, besonders, nachdem auch Abg. Dr. Glücksmann, unter Berufung auf das Autonomiegesetz, die Ausführungen des Vorsitzenden unterstützte und sich für Annahme der Resolution aussprach. Nun fanden auch die Sanatoren die Sprache wieder und Abg. Kapuszynski versuchte, begreiflich zu machen, daß man über die Berichte doch diskutieren könne und wenn man schon eine Resolution abfasse, so doch in dem Sinne, daß der Wojewodschaftsrat aufgefordert werde, das Versäumte in formalrechtlicher Hinsicht zu dem Budget nachzuholen, er wolle aber nicht eine Resolution, die dem Wojewodschaftsrat eine Art Mißtrauensvotum ausstelle. Nunmehr entwickelte sich eine eingehende Diskussion, an der sich die Abg. Dr. Glücksmann, Chmielewski und Kapuszynski beteiligten, bis schließlich doch, mit 6 gegen 3 Stimmen, die Resolution Dr. Chmielewski angenommen wurde, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Sejm ist nicht in der Lage und hat nicht die Möglichkeit, eine Diskussion über die Bemerkungen der Kontrollkammer, über die Finanzwirtschaft der Jahre 1924 bis 1928, durchzuführen, weil der schlesische Wojewodschaftsrat dem Schlesischen Sejm weder den Rechnungsabschluß vorgelegt hat, noch eine Legalisierung der Budgetüberschreitungen aus der bezeichneten Zeit nachsuchte.“

Hierauf beschäftigte sich die Budgetkommission mit den, ihr überwiesenen, Petitionen, von denen allein die bischöfliche Kurie fünf der Budgetkommission übermittelt hat, die alle

Subventionen

für näher bezeichnete Zwecke fordern. Selbstverständlich wird auch die Bewilligung einer „entsprechenden Quote“ für den Weiterbau der Kathedrale gefordert, als wenn der Schlesische Sejm nicht wichtigere Ausgaben für seine Arbeitslosen hätte.

Kattowitz und Umgebung

Sonntagsdienst der Kassenärzte. Von Sonnabend, den 15. Oktober, nachmittags 2 Uhr, bis Sonntag, den 16. Oktober, nachts 12 Uhr, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Tomiak, Gliwicka 9, Dr. Zang, Wita Stwosza 3.

Militärpflichtigen zur Beachtung! Die städtische Militärabteilung teilt mit, daß die Nachmusterungen der Militärpflichtigen der Jahrgänge 1910, 1909 und 1908, sowie der älteren Jahrgänge am Donnerstag, den 20. Oktober, stattfinden. In Betracht kommen alle diejenigen Militärpflichtigen der obigen Jahrgänge, die bisher ihren militärischen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Die Musterungen finden um 8 Uhr vormittags im „Dom Ludowy“ (Volkshaus) auf der ulica Krakowska im Ortsteil Zawodzie und zwar vor einer besonderen Militärkommission statt. Die Militärpflichtigen haben in sauberer Unterwäsche zu erscheinen und die erforderlichen Dokumente (Geburtsurkunde, Zustellungsurkunde usw.) mitzubringen. y.

Wichtig für Verkehrskarteninhaber! In der Zeit vom 16. bis 31. Oktober werden vom Magistrat die Verkehrskarten mit den Nummern 62 501 bis 72 000, zwecks Abstempelung für das Jahr 1933, entgegengenommen. Die Abgabe der Karten hat auf Zimmer 3, ulica Pocztowa 7, in Kattowitz in der Zeit von 9,30 bis 12 Uhr vormittags zu erfolgen. Bei der Abgabe der Verkehrskarten muß eine Gebühr von 2 Zl. entrichtet werden. y.

Gefährliches Spiel mit einer Sprengkapsel. In der Hofanlage des Hauses ulica Mikolowska 11a in Kattowitz, manipulierte der 17jährige Anton Pioszczyk, in Gegenwart seiner beiden Freunde Herbert Wojcik aus Kattowitz und Wilhelm Janota aus Halemba, mit einer Sprengkapsel. Die Kapsel explodierte und verletzte den Wojcik erheblich im Gesicht. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus gebracht. Janota und Pioszczy blieben wie durch ein Wunder unverletzt. Die jungen Leute haben das Sprengstoffmaterial auf einem Felde unweit von Kattowitz aufgefunden. x.

Warnung vor falschen Wohnungskontrolleuren. Die städtische Polizei gibt bekannt, daß zurzeit innerhalb der Großstadt Kattowitz durch das Wohnungsamt entsprechende Kontrollen durchgeführt werden. Diese Gelegenheit wird leider von verschiedenen Elementen zu allerlei Gaunereien ausgenützt, die von den Wohnungsinhabern unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Geldbeträge erschwindeln. Beschwerden darüber laufen bei der städtischen Polizei wiederholt ein. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß behördlich angestellte Kontrolleure stets mit einem amtlich beglaubigten Personalausweis ausgestattet sind. Ratsam wäre es daher, wenn die Kattowitzer Bürgerschaft von jedem Wohnungskontrolleur die Vorweisung des Ausweises verlangen würde, um sich künftighin vor evtl. Schäden zu schützen. y.

Wichtig für Sprengstoffbesitzer. Auf Grund der geltenden Bestimmungen der Allgemeinen Bergpolizei-Verordnung, sowie einer Zusatzverordnung des Handels- und Industrieministeriums wurde das Sprengmaterial „Lignozyt powietrzny D“ mit dem 1. September d. Js. innerhalb des Bereichs der Republik Polen aus dem Verkehr gezogen. Gleichzeitig wird dieses Sprengstoffmaterial aus der Liste II Dz. Urz. Woj. Sl. Nr. 48/1924, welches beim Oberbergamt in Kattowitz vorhanden ist, gestrichen und demnach die Verwendung dieses Materials unter strengster Strafe endgültig untersagt. Das Sprengstoffmaterial „Lignozyt powietrzny“ setzt sich zusammen: aus 81 proz. Ammonsalpeter, 4 proz. Nitroglyzerin, 4 proz. Mononitronaphalin, 2 proz. Holzmehl, sowie 9 proz. Industriesalz. Evtl. noch vorhandene Vorräte vom obengenannten Sprengstoffmaterial müssen bis spätestens zum 1. November d. Js. verwendet bezw. unschädlich gemacht werden. Uebertretungen werden laut den geltenden Vorschriften der Allgemeinen Bergpolizei-Verordnung streng geahndet. y.

Bogutschütz. (Wieder ein Todesopfer im wilden Bergbau.) Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich in den wilden Schächten auf dem Terrain der Ferdinandgrube im Ortsteil Bogutschütz, dessen Opfer der 28jährige arbeitslose Stanislaus Trzebniok von der ulica Gorna 4 wurde. Der junge Mann war dort mit dem Buddeln von Kohlen beschäftigt. Er stürzte aus 21 Meter Höhe in den Schacht ab und blieb tot liegen. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft wurde der Tote nach der Leichenhalle des städtischen Spitals in Kattowitz überführt. x.

Zalenze. (Eigenartiger Verkehrsunfall.) Auf der ulica Wojciechowskiego versuchte das Lastauto Sl. 11 182 einem Radfahrer auszuweichen. Der Kraftwagen kippte und blieb am Straßengleis liegen. Nach etwa einhalbstündiger Arbeit wurde das Lastauto wieder flott gemacht. Während dieser Zeit mußte der Straßenbahnverkehr eingestellt werden. Personen sind zum Glück nicht verletzt worden. x.

Brynow. (Aus Furcht vor Strafe aus dem 2. Stockwerk gesprungen.) Der 9jährige Rafael Sorek von der ulica Kochlowicka 7 in Brynow, sprang aus Furcht vor Strafe aus dem 2. Stockwerk seiner elterlichen Wohnung und erlitt durch den wuchtigen Aufprall auf das Steinpflaster erhebliche Verletzungen. Nach Erteilung der ersten ärztlichen Hilfe an Ort und Stelle, wurde der Knabe nach dem Knappschaftslazarett in Kattowitz eingeliefert. x.

Domb. (Aufhebung einer Straße.) Auf Grund der geltenden Bestimmungen gibt der Magistrat bekannt, daß der öffentliche Weg im Ortsteil 3 (Domb) und zwar die sogenannte Droga Mlynska aufgehoben werden soll. Dieser Weg liegt zwischen der ulica Krol-Hucka und der ulica Spitalna. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind die Parzellen, über welche die derzeitige ulica Zlota führt. Es wird darauf hingewiesen, daß evtl. Einsprüche gegen die behördliche Maßnahme seitens der Interessenten in der Zeit vom 12. Oktober bis Mittwoch, den 9. November beim städtischen Vermessungs- und Wegeamt im Magistratsgebäude, ulica Mlynska 4, Zimmer 73, eingereicht werden können. y.

Königshütte und Umgebung

Festsetzung des Bildungsplanes in den Arbeitslosen-Unterhaltungsstätten.

Der Arbeitslosenhilfsausschuß kam gestern abends zu einer Sitzung zusammen, um den Unterhaltungsplan der Arbeitslosen für das Winterhalbjahr 1932-33 festzusetzen. Neben den Ausschußmitgliedern, hatte sich, der Einladung nach, eine größere Anzahl von Lehrkräften der höheren Schulen eingefunden. Nachdem der Leiter des Arbeitslosenbüros den Zweck bekanntgegeben hatte, wurde darauf hingewiesen, daß, infolge Fehlens der erforderlichen Geldmittel, äußerste Sparsamkeit geübt werden und verschiedene Einschränkungen auch in den Unterhaltungsstätten der Arbeitslosen durchgeführt werden müssen. Der im vorigen Jahre abgehaltene ordentliche Kursus der einzelnen Fächer, muß unterbleiben und dafür nur ein Handarbeits- und Kochkursus für weibliche Arbeitslose durchgeführt wird. Zu diesen Kursen hat sich eine weit größere Anzahl von Teilnehmern gemeldet, als es die Teilnahme gestattet.

Wenn auch von seiten des Ausschusses beschlossen wurde, daß in diesem Halbjahre 10 Unterhaltungsstätten in den verschiedenen Teilen der Stadt eingerichtet werden, so kann die Eröffnung zunächst von 5 solcher Unterhaltungsstätten vom 1. November ab erfolgen. Neben den üblichen Unterhaltungen und Zeitvertreiben, sollen in diesem Winterhalbjahr mehr Vorträge abgehalten werden und dies besonders in Geographie, Geschichte usw. Ganz besonders werden soziale Fragen behandelt, wobei verschiedene Auskünfte erteilt werden. Hierzu wurden, wie oben erwähnt, mehrere Lehrer, Professoren höherer Anstalten, sowie Gewerkschaftssekretäre, gewonnen. Alles Nähere hierzu wird noch bekanntgegeben werden.

Nach Königshütte gekommen, um sich das Leben zu nehmen. Der 21 Jahre Richard R. aus Siemianowitz, ulica Korfantego Nr. 4, versuchte in einem Hausflur des Hauses, an der ulica Ligota Gornicza 62 in Königshütte, durch Einnehmen von Essigessenz seinem Leben ein Ende zu bereiten. Die Hausbewohner wurden auf den Lebensmüden aufmerksam und veranlaßten seine Ueberführung in das Krankenhaus. Sein Zustand ist bedenklich. Der Grund zur Tat soll jahrelange Arbeitslosigkeit sein. R. hatte schon einmal einen Freitodversuch unternommen, der aber mißglückte. k.

Fremdes Eigentum verkauft. Wegen eines solchen Vergehens hatte sich der Kaufmann Konrad Lesznik aus Eintrachthütte vor der Strafkammer in Königshütte zu verantworten. Der Kutscher der Mehlfirma Abraham Fleischhacker aus Bendzin ließ vor längerer Zeit, als spät abend geworden ist, 10 Sack Mehl im Geschäft des L. zurück, die der Kaufmann verkaufte. Inzwischen geriet er in Konkurs und konnte das Mehl nicht bezahlen. Dafür wurde er zu 100 Zloty Geldstrafe oder 10 Tage Haft verurteilt. k.

Geld war ihnen lieber. In die Wohnung der Familie Podbiel, an der ulica Wolnosci 8, drangen Unbekannte während der Abwesenheit der Besitzer ein und entwendeten einen Geldbetrag von 30 Zloty. Andere Gegenstände ließen die Täter unberührt. k.

Fremdes Eigentum beschädigt. In der Gastwirtschaft der Frau Marie Meiß verursachte der Georg Schwitalla aus Bismarckhütte eine Schlägerei, bei der das Billard und eine Anzahl Gläser beschädigt wurden. k.

Zuerst bewirtet und dann bestohlen. Der Arbeiter Franz Koko[illegible] aus Hohenlinde, zechte mit einem unbekannten Mann im Wartesaal 3. Klasse des Königshütter Bahnhofes. Durch reichlichen Alkoholgenuß schlief er ein. Als er aufgewacht war, mußte er feststellen, daß ihm sein Zechkumpan 90 Zloty gestohlen hat k.

Noch nicht alles dagewesen. Wenn auch Ben Akiba behauptet, daß schon alles dagewesen sei, so dürfte dies bis auf die Abhaltung des gestrigen Vieh- und Pferdemarktes in Königshütte, nicht zutreffen. Trotzdem die Auftriebzeit nur in der Zeit von 8—12 Uhr mittags gestattet war, wurde bei der Kürze dieser Zeit, nur ein Pferd und eine Kuh zum Verkaufen aufgetrieben. Worauf diese Interessenlosigkeit zurückzuführen ist, kann nicht festgestellt werden. Böse Zungen behaupten, daß gerade diese zwei Arten von Vieh auf den Märkten immer seltener werden, weil man sie eben verkonsumiert. Wenn berücksichtigt wird, daß die Standgelder für die 2 Stück Vieh etwa 6 Zloty ausmachen und die Ausgaben in der Stellung der notwendigen Polizeibeamten, des Tierarztes und anderer Nebenunkosten, an die 100 Zloty betragen, so ist das für die Stadt ein sehr schlechtes Geschäft. m.

Für die Arbeitslosen. Schuhmachermeister Marcinek von der ul[illegible]a Katowicka, hat dem Arbeitslosenhilfsausschuß, zwecks Verteilung an die Arbeitslosen, 30 Paar Schuhe überwiesen. Im Namen der Erwerbslosen spricht der Ausschuß dem Spender herzlichen Dank aus. k.

Abholung von Ueberschüssen. Die bei der Versteigerung am 6. und 7. d. Mts., erzielten Ueberschüsse der Pfänder von Nr. 42 200—43 473, können gegen Abgabe der Quittungen in der Kasse des Pfandleihamtes, an der ulica Bytomska 19, während der Dienststunden von den Inhabern in Empfang genommen werden. k.

Siemianowitz

Belegschaftsversammlung in der Hohenlohe-Zinkhütte.

Am heutigen Freitag findet in der Hohenlohe-Zinkhütte endlich einmal eine Belegschaftsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen die Punkte: Stellungnahme zu den Entlassungsanträgen, die Frage der Belieferung mit Winterkartoffeln und verschiedene Anträge. Beim ersten Punkt soll über einen Austausch von Arbeitern, welche noch einen anderen Lebensunterhalt haben, beraten werden. Wir freuen uns, daß der „Volkswille" den dortigen Betriebsräten, „auf die Nerven gefallen" ist und dadurch diese etwas aus ihrer Ruhe gestört hatte, sonst hätte es so schnell noch nicht eine Versammlung gegeben. o.

Ausgabe der Bons zur Erlangung von Winterkartoffeln. Gestern ist in Siemianowitz mit der Ausgabe von Bons für die Ortsarmen und Arbeitslosen zwecks Erlangung von Winterkartoffeln begonnen worden. o.

Um die Kurzarbeiterunterstützung in der Laurahütte. Trotzdem die Einstellung der Kurzarbeiterunterstützung ab 1. Mai nur eine vorübergehende Maßnahme sein sollte, und die Wojewodschaft eine baldige Wiedereinführung der Hilfsaktion in Aussicht stellte, ist bis heute nichts über diese Angelegenheit bekannt geworden. Die Hüttenarbeiter der Laurahütte, welche in den letzten Monaten sehr wenig Arbeitstage verfahren hatten und die meisten Arbeiter im laufenden Monat noch keine Schicht gemacht haben, befinden sich in der allergrößten Not und wissen nicht, wie sie sich und ihre Angehörigen mit Wintervorräten und warmer Kleidung versorgen sollen. Der dortige Betriebsrat setzt alle Hebel in Bewegung, um eine Regelung der brennenden Frage zu beschleunigen, leider bis jetzt ohne Erfolg. Der dauernde Hunger und die damit verbundene Unterernährung ist auch für die Kurzarbeiter in gleichem Maße wie für die Arbeitslosen eine ernste Gefahr für ihre Gesundheit. Das kühle und feuchte Herbstwetter zeitigt massenhaft Erkältungskrankheiten und wenn hier nicht rasch Hilfe gebracht wird, können die Erzieher ihre Kinder noch nicht mal in die Schule schicken. Es muß daher an alle maßgebenden Instanzen die ernste Mahnung gerichtet werden, nicht länger mehr zu zögern, damit es nicht zu spät wird. o.

Myslowitz

Was der Myslowitzer Magistrat beschloß.

In der letzten Myslowitzer Magistratssitzung wurde beschlossen, daß den Militärsteuer zahlenden Bürgern die nachweislich arbeitslos sind und kein Vermögen besitzen von der Kommunal-Militärsteuer befreit werden. Zum weiteren Ausbau der Volksschule auf der Seminarstraße wird der Magistrat an die Wojewodschaft um eine Subvention herangehen. Desgleichen einigte man sich über die gestellten Bedingungen, bezüglich der Beseitigung technischer Fehler, die durch die Rohrlegung des Fernkabels entstanden sind.

Nach Erledigung der laufenden Steuer-, Personal- und Administrationsangelegenheiten wurden die Aufträge, bezüglich Schlosser-, Tischler- und Malerarbeiten für die neue Volksschule den billigsten Offertenstellern übergeben. Die, bereits vorgemerkte gründliche Remontierung der Eisenbahnrampe am städtischen Schlachthaus ist für das kommende Baujahr verlegt worden —ek.

Gemeindevertretersitzung in Bismarckhütte

Rückgängigmachung von Beschlüssen — Bewilligung von Nachtragskrediten — Anleihen in Höhe von 200 000 Zloty werden seitens der Wojewodschaft als Subventionen umgewandelt — Starker Rückgang der Steuereingänge — Arbeitslosenangelegenheiten

Nach monatelanger Unterbrechung (die gestrige Gemeindevertretersitzung soll erst die 3. in diesem Jahre sein), fand gestern im Rathause eine Sitzung der Gemeindevertreter statt. Aus den Berichten des Bürgermeisters Grzesik betreffend der Steuereingänge ist zu entnehmen, daß sie sich in einem absteigenden Tempo befinden.

Wenn in Betracht gezogen wird, daß von den präliminierten Steuern für das 1. Halbjahr nur 14,2 Prozent eingegangen sind, so bedeutet dies den größten Steuerausfall seit Bestehen der Gemeinde.

Wie überall, wirkt sich die Wirtschaftskrise auch in der Gemeinde Bismarckhütte katastrophal aus und die Gemeindevertretung wird ihre liebe Not haben, das sinkende Schiff über Wasser zu halten.

Wenn Bürgermeister Grzesik in der Arbeitslosenbetreuung verschiedene Vergleiche zwischen den Städten Kattowitz und Königshütte gezogen hat, so treffen sie nur teilweise zu und überhaupt dann nicht, wenn man die Stadt Königshütte in der Einwohnerzahl mit 120 000 bewertet. Hierbei sei mitgeteilt, daß Königshütte gegenwärtig an die 80 768 Einwohner hat. Etwas mehr Lokalkenntnis in der Umgebung muß schon ein Stadtoberhaupt besitzen. Doch dies nur nebenbei, weil es andererseits zutrifft, daß die Gemeinde Bismarckhütte mit ihren 1500 Arbeitslosen, im Verhältnis zur Einwohnerzahl, im Vergleich zu Königshütte und anderen Gemeinden die höchste Zahl von Arbeitslosen hat. Bismarckhütte hat gegenwärtig an die 30 000 Einwohner. Wie überall, wurde auch gestern über das schwere Los der Arbeitslosen Klage geführt. Wenn auch zugegeben wer-

den muß, daß jede Kommune nach ihren besten Kräften bestrebt ist, die Not lindern zu helfen, so muß gerade die Gemeinde Bismarckhütte immer wieder bestrebt sein, Geldmittel bei der Wojewodschaft herauszubekommen, um die Betreuung der Arbeitslosen erfolgreich durchführen zu können. Und ganz besonders müßte an die Industrie herangegangen werden, weil sie die Arbeitslosen schafft und daher moralisch verpflichtet wäre, ihren Anteil für die Arbeitslosen zu verdoppeln, nachdem es feststeht, daß manche Industrien sehr wenig für die Erwerbslosen übrig haben und noch nicht einmal eine Suppenküche für ihre Entlassenen errichten wollen.

Sitzungsverlauf.

Um 17 Uhr eröffnete Bürgermeister Grzesik die Sitzung mit der Bekanntgabe der Tagesordnung, die sich aus 10 Vorlagen und Personalfragen zusammensetzt. Nachdem das letzte Sitzungsprotokoll unbeanstandet genehmigt wird, macht der Bürgermeister unter Mitteilungen bekannt, daß den Arbeitslosen 400 Stück Bäumchen und Sträucher für die neuen Schrebergärten an der ulica Hajducka und in Kalina geschenkt wurden. Als Entgelt wird den Besitzern die Pacht für ein Jahr erlassen.

Rückgängig gemacht wird der Beschluß vom 22. Mai 1929 betreffend der

Gewährung von Diäten für die Gemeindebeamten bei Dienstreisen,

ferner der Beschluß vom 23. 11. 1931 betreffend der

Erhebung von Zuschlägen für die Arbeitslosen bei Lustbarkeiten, Theatern usw.

Die neuen Regelungen erfolgen nach den Beschlüssen der Wojewodschaft auf Grund der erlassenen Verordnungen.

Dem Peter Powalla werden 150 Quadratmeter Gemeindegrundstücke auf die Dauer von 5 Jahren zu einem jährlichen Pachtzins von 100 Zloty verpachtet. — Als Gemeindezuschlag werden von der Herstellung und dem Verkauf von alkoholischen Getränken für das Rechnungsjahr 1933 zu den Patenten 100 Prozent erhoben. — Ein von einem Bürger gestellter Antrag auf Abänderung des Straßen-Fluchtlinienplanes an der ulica Graniczna, wurde nach einer regen Aussprache abgelehnt.

Die Bürger der Szalinski-Kolonie haben sich an den Gemeindevorstand von Bismarckhütte gewandt, damit sie zu Bismarckhütte eingemeindet würden. Nachdem verschiedene Für und Gegen vorgebracht wurden, wurde ein Ausschuß von drei Gemeindevertretern gewählt, die sich mit dieser Angelegenheit befassen sollen. Der Beschluß des Gemeindevorstandes lautet dahin, vorläufig infolge der schwierigen Verhältnisse davon Abstand zu nehmen.

Als Nachtragskredite wurden bei verschiedenen Positionen des Haushaltungsplanes 76 000 Zloty bewilligt. U. a. werden benötigt für die Vollendung der neuen Volksschule 50 000 Zloty, weitere 6600 Zloty für die Milchspeisung usw. Hierbei machte der Bürgermeister die Mitteilung,

daß die von der Wojewodschaft aufgenommenen Anleihen vom Wojewodschaftsrat in Subventionen umgewandelt wurden

und die Gemeinde dadurch an die 200 000 Zloty gewonnen hat, die sie sehr gut zur Betreuung der Arbeitslosen gebrauchen kann.

Aus dem Bericht des Gemeindeinspektors Janek ist zu entnehmen, daß seitens des Kreiskomitees dem hiesigen Ausschuß in der Zeit von März bis September zur Unterhaltung der beiden Suppenküchen und anderen Ausgaben 172 018 Zloty überwiesen wurden.

Die monatliche Unterhaltung der Suppenküchen kostet 7500 Zloty.

Neben den verausgabten täglichen Essen werden noch Bons, besondere Unterstützungen zur Verteilung gebracht. Nach Abzug der noch ausstehenden Verpflichtungen, verbleibt ein Barbestand von etwa 2000 Zloty. Täglich werden 1500 Portionen Essen ausgegeben. An Mehl wurden dem Ausschuß in der gleichen Zeit 155 000 Kilo zugewiesen, wovon 103 000 Kilo bereits verteilt wurden. Gegenwärtig sind noch 46 000 Kilo auf Vorrat. Den Suppenküchen wurden 7500 Kilo Reis überwiesen. In den Monaten März und April wurden noch 150 Tonnen Kohle zur Verteilung gebracht. Der für die Schulkinder übersandte Zucker wurde zum größten Teil zur Verteilung gebracht und zwar 1262 Kilo. 838 Kilo verbleiben auf Vorrat. An Mischkaffee gelangten 127 Zentner zur Verteilung, Seife 25 Kilo. Heringe wurden 15 Fässer zur Verteilung gebracht, weitere sind im Abrollen. Die auf der Galerie anwesenden stark vertretenen Arbeitslosen machten in Bezug auf die Heringe verschiedene Einwände betreffend der Beschaffenheit. Nach den erfolgten Aufklärungen, wurde mitgeteilt, daß nur die hiesigen Arbeitslosen Heringe erhalten werden, die sie wollen, um den Unfug zu vermeiden. Nachdem noch über die Zusammensetzung der Speisen aufgeklärt wurde und das die abgegebene Portion sich auf 10 Groschen stellt, wurde vom Gemeindevertreter Richter der Antrag gestellt, den Gemeindevertretern das Recht einzuräumen, von Zeit zu Zeit die Suppenküchen einer Kontrolle auf die Beschaffenheit des Essens einzuräumen, nachdem die Klagen über die schlechte Beschaffenheit von seiten der Arbeitslosen nicht verstummen wollen. Der Bürgermeister versprach dem Antrag dahin Rechnung zu tragen,

daß die interessierten Gemeindevertreter unter Vorlegung eines Ausweises die Kontrolle ausüben können, jedoch keine Anordnungen treffen dürfen.

Inwieweit Weihnachtsunterstützungen gewährt werden, soll in der nächsten Sitzung behandelt werden. Voraussichtlich wird eine allgemeine Aktion eingeleitet, damit ein Jeder, der noch in der Lage ist, Wohltätigkeit üben kann. Hierbei wurde vorgeschlagen,

alle monatlichen Einkommen über 400 Zloty zugunsten der Arbeitslosen zu besteuern.

Ferner wurde der Wunsch laut,

daß der Armenausschuß mehr Sitzungen abhalten möge,

um zu verschiedenen Fragen der Armenbetreuung Stellung nehmen zu können. Die Milchverteilung soll in dem bisherigen Umfange nach Möglichkeit weiter gewährt werden. Auf die Anfrage der diesjährigen Kartoffelbelieferung, teilte der Bürgermeister mit, daß seitens der Gemeinde für die hiesigen Arbeitslosen 7500 Tonnen bei der Wojewodschaft angefordert wurden. Die Kohlenverteilung steht noch nicht fest. Nachdem noch Klagen über das unwürdige „Wohnen" von Menschen in Schuppen geführt wurde, ging man zur Erledigung von Personalfragen in einer geheimen Sitzung über. k.

Janow. (Kommunales.) In der letzten Gemeindevertretersitzung standen verschiedene wichtige Punkte zur Beratung. Gleich, zu Beginn der Sitzung, wurde die Einführung des Brandmeisters Slonsak als Gemeindeschöffe bestätigt. In einer längeren Debatte wurde dem Antrag des Gemeindevorstehers zugestimmt, von den Vereinen und sonstigen Körperschaften für die Benutzung der Schulräume zu Versammlungszwecken ein Entgelt von 0,50— 2,00 Zloty zu erheben. Beibehalten wurden die staatlichen Steuern für die Herstellung und Verkauf alkoholischer Getränke in der bisherigen 100prozentigen Höhe. Ferner kam die Pacht eines Standortes für die Pferde der Markthändler zustande, die jährlich 50 Zloty beträgt. Grundeigentum ist die Giesche-A.-G. Nach Prüfung der Kasse für das Rechnungsjahr 1930/31, wurde zur Gebäudesteuererhebung von der Giesche-A.-G. übergegangen. Die Funktion der Einschätzung auf Gebäudewert wurde der Giesche-A.-G. abgenommen und dem Gemeindebaumeister Sosna übertragen. Es haben sich in der alten Einschätzung bedeutende Differenzen bemerkbar gemacht und wird von nun an die Gebäudesteuer für das Jahr 1931/32 durch die neuen Normen bestimmt. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Neudorf. (5 Wagenräder gestohlen.) Aus einem Hofraum auf der ul. Karola Miarki entwendeten unbekannte Spitzbuben, zum Schaden des Martin Königsfeld, 5 Wagenräder. Die Räder tragen die Firmenaufschrift „A. Ziers, Cosel, G. m. b. H." Vor Ankauf des Diebesguts wird polizeilicherseits gewarnt! x.

Rybnik und Umgebung

Zwei Kindesleichen aufgefunden. Der Stefan Lowandowski von der ul. Rydzka 36 aus Rybnik, händigte dem dortigen Polizeikommissariat ein Paket aus, in welchem sich die Leichen zweier neugeborener Kinder befanden. Das fragliche Paket will L. in der Nähe des Gartens des Dzierzon in Rybnik gefunden haben. Die Kindesleichen wurden in die Totenhalle geschafft. Die polizeilichen Untersuchungen sind im Gange. x.

Pschow. (Hering in Zitronenwasser gefällig?) Auch die Gemeinde Pschow wurde mit den Gratisheringen als Arbeitslosenbeihilfe bedacht. In welchem Zustande diese Freischwimmer waren, das zu beschreiben spottet jeder Auffassung von Menschenwürde, denn eine Verteilung dieser stinkenden Heringe ist nur der Behandlung der Menschen als Vieh zu betrachten. Aber, was macht man nicht mit Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Nun aus anderen Gemeinden haben ja unsere Leser über die „Heringsaktion" als Arbeitslosenbeihilfe schon genügend gehört, daß wir uns zu diesem Kapitel weitere Diskussionen ersparen können. Aber Not macht erfinderisch und so empfahl man den Arbeitslosen, die stinkigen Heringe in Zitronenwasser zu legen, damit sie dann genießbar werden. Diese schönen Empfehlungen eines Esels, hätte man den Arbeitslosen schenken können, denn, wenn sie noch Geld auf eine Zitrone hätten, dann würden sie sich eben einen geschmackvollen Hering gekauft haben und auf das stinkige Zeug mußten sie ohnehin verzichten. Die Wirtschaftskünstler mit ihrem Heringsimport sind zu bewundern, denn die Gemeinde mußte die Stinkheringe abholen lassen, was einen Fuhrwerkspreis von über 10 Zloty verursachte. Hätte man diese 10 Zloty zum Heringsankauf im Dorf verwendet, so würden die Arbeitslosen frische, genießbare Heringe erhalten haben, nicht eine solche Stinkladung, die nur Krankheiten innerhalb der Arbeitslosen hervorrufen kann. Neugierig wären wir zu erfahren, wer diese Stinkware den Starosteien angedreht hat und wer dabei für Vermittlung sein Geschäftchen in „Ordnung" brachte. Ob es hier auch so wie bei den Heringen stinkt?

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Aus der Lebensmittelbranche.

Die Organisation der Lebensmittelarbeiter hat, so wie alle anderen Klassengewerkschaften, in der Krisenzeit darauf zu achten, die Löhne vor den wütenden Angriffen der Unternehmer zu schützen. Heute hört man nichts anderes wie Entlassung, Lohn- und Gehaltsabbau. Ueberall, wo die Arbeiterschaft trotz der Krise treu zu ihrer Organisation hält, können auch die Angriffe der Unternehmer auf die ohnehin elenden Löhne der Arbeiter wirksam abgewehrt werden. Nur in Betrieben, wo gar keine Organisation vorhanden ist, wird die schamloseste Ausbeutung betrieben.

In der letzten Zeit wurde in den Zeitungen darüber geschrieben, daß auf den Lohnabbau auch ein allgemeiner Preisabbau folgen muß. Vielmehr müßten zunächst die Preise heruntergehen, um den Lohnabbau begründen zu können. Unter anderem wurde schon sehr oft darüber kritisiert, daß die Preise der verschiedensten Monopolartikel nicht abgebaut werden

In der letzten Zeit spricht man auch von einem Abbau der hohen Bierpreise. Die Löhne werden abgebaut, aber an eine Verbilligung des Bieres können sich die Bierbrauer nur schwer entschließen. In einigen Bierbrauereien wurden in der letzten Zeit recht empfindliche Lohnreduzierungen vorgenommen. In den Brauereien in Tenczyk, Osiek, Sosnowitz, Gabrinus, wurden die Löhne um 25 bis 30 Prozent abgebaut; die betreffenden Arbeiter gehören auch keiner Organisation an.

Trotz des riesigen Lohnabbaus werden die Bierpreise nur recht minimal herabgesetzt. Das Bier aus den genannten Brauereien soll per halben Liter auf 45 Groschen herabgesetzt werden. Dabei wird es aber sehr niedrigprozentiges Bier sein, so daß diese Brauereien bei dieser Aktion noch einen doppelten Gewinn erzielen werden. Diese minimale Preisermäßigung bringen die Brauereien wieder dadurch ein, daß sie minderwertiges Bier zum Ausschank bringen, welches auch mit niedriger Steuer belegt ist. Falls diese Brauereien auch vollprozentiges Bier zu dem ermäßigten Preis abgeben würden, hätten die Brauereien durch den 30prozentigen Lohnabbau noch immer ein gutes Geschäft gemacht.

Diese Brauereien betreiben auf Kosten der niedrigen Löhne eine Schmutzkonkurrenz, indem sie den Konsumenten für schweres Geld ein trübes Wasser anbieten. Die Arbeiter täten daran gut, diesen Wasserpantschern, das Gesüff zum Trinken selbst überlassen.

Aufruf! An die P. T. Advokaten und Aerzte. Das Bezirkskomitee für Arbeitslosenhilfe in Bielitz wendet sich auf diesem Wege an die P. T. Advokaten und Aerzte mit der heißen Bitte, sich freiwillig zugunsten der Arbeitslosen mit ständigen monatlichen Spenden zu besteuern. Diese ständigen Abgaben leisten bereits durch 1½ Jahre breite Kreise von Beamten, Lehrern, Unternehmern, ein kleiner Teil Advokaten und Aerzte, Kaufleute, Handwerker usw. Das Bezirkskomitee für Arbeitslosenhilfe zweifelt nicht daran, daß die P. T. Advokaten und Aerzte sich massenhaft an dieser humanitären und in der gegenwärtigen Zeit sehr notwendigen Aktion der Hilfeleistung den Opfern der Wirtschaftskrise beteiligen werden. Das Komitee bittet die Beitrittserklärungen zu Händen des Bezirkshauptmanns abzugeben. Die angemeldeten Beiträge wird am 1. eines jeden Monats ein vom Komitee speziell dazu bevollmächtigter Funktionär übernehmen. Für das Komitee: Bochenski m. p., Bezirkshauptmann.

Fahrraddiebstahl. Am 12. Oktober gegen 9 Uhr vorm. wurde einem Karl Jndek aus Czechowitz ein Fahrrad, Marke „Waffenrad-Steyer“, gestohlen, welches er beim Krankenkassengebäude in Czechowitz ohne Aufsicht hatte stehen lassen. Der Fahrraddieb konnte ganz unbehelligt mit dem Fahrrad entkommen. Das Fahrrad war im Werte von 120 Zloty.

Handballecke

Samstag, den 15. 10. d. J., findet um 3 Uhr nachmittags auf dem Sportplatze in Aleksandrowice, ein Handballwettspiel zwischen V. J. A. Aleksandrowice u. V. J. A. Bielsko um die Bezirksmeisterschaft statt. Da beide Mannschaften sich derzeit in guter Form befinden, ist der Ausgang des Treffens ein völlig ungewisser und mit einem äußerst spannenden Kampfe zu rechnen.

Freie Turner-Mikuszowice — Arb.-Turn- und Sportverein „Vorwärts“-Bielitz.

Samstag, den 15. Oktober findet um ½4 Uhr nachm. obiges Wettspiel auf dem Sportplatze des B. B. Sportvereins statt. Dieses Spiel verspricht interessant zu werden, da der Bundesmeister alles versuchen wird, dieses Spiel für sich zu entscheiden. Alle Handballfreunde werden zu diesem Treffen eingeladen.

„Wo die Pflicht ruft!“

Kamitz. Am Freitag, den 14. Oktober findet um 7 Uhr abends im Gasthaus der Johanna Snatschke die fällige Vorstandssitzung des sozialdem. Wahlvereins „Vorwärts“ statt. Genossen erscheint alle.

Achtung Genossen der D. S. A. P. des Bialaer Bezirkes. Am Sonntag, den 16. Oktober d. Js., findet um 9 Uhr vormittags im Vereinslokale der T. U. R. in Biala, Komrowitzerstraße eine wichtige Konferenz statt, zu welcher sämtliche Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder der Ortsvereine höflichst eingeladen werden. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen ist erwünscht!

Wie können wir zu einer Stromverbilligung gelangen?

Eine Stellungnahme des Bürgermeisteramtes Bielsko

Die Aktion zur Herabsetzung des elektrischen Stromes ist von dem hierzu gewählten Komitee in der letzten Zeit mit großer Energie wieder aufgenommen worden. Da die Materie selbst für den technisch vorgebildeten Laien nicht leicht zu durchdringen ist, sind Mißverständnisse nur allzuleicht möglich. Im Zusammenhange damit wird auch von mancher Seite die Frage aufgeworfen, warum sich die Stadtgemeinde, die berufene Hüterin des öffentlichen Interesses, untätig verhalte. Wenn auch die Stadtgemeinde bisher nicht nach außen hin mit konkreten Beschlüssen des Gemeinderates hervorgetreten ist, wäre es doch weit gefehlt, den Vorwurf zu erheben, sie gedenke nichts zu unternehmen. Vielmehr war sie die erste, die eingegriffen hat, sogleich als die ersten Nachrichten über den Stromstreik in Polen zu uns drangen. Von ihrem Sachverständigen unterstützt, hat sie sich dem Studium der Frage zugewendet, wie die Bevölkerung in den Genuß billigeren Stromes gelangen könnte, trotzdem erst im Jahre 1931 eine 10prozentige Strompreisherabsetzung im neuen Vertrag vorgenommen worden war und diese Preise bis zum Ende des Jahres 1935 fixiert worden waren. Derartige Fragen müssen aber fachkündig erwogen, einwandfrei durchgerechnet, auf alle Möglichkeiten und Folgen durchdacht — und schließlich in gemeinsamem Einvernehmen mit dem Elektrizitätswerk gelöst werden.

Wenngleich also die Preise vertraglich festgelegt sind, gab es doch einen Weg, auf welchem der stromverbrauchenden Bevölkerung ganz wesentliche Vergünstigungen in den Stromkosten verschafft werden konnten, ohne an den Preisen selbst zu rütteln. Dieser scheinbare Widerspruch ist im Wesen der Tarifbildung begründet. Die folgenden technischen Erläuterungen, ohne welche diese Frage nicht klargestellt werden kann, sind darum der freundlichen Durchsicht des Lesers besonders empfohlen, damit er selbst in die Lage versetzt sei, die Antwort zu finden. Gemäß seinen Zusagen bei Abschluß des Vertrages vom Jahre 1931 ist zunächst des K. W. mit einem Haushaltungstarif auf den Plan getreten. Dieser kommt allen Haushalten zugute, welche sich verschiedener elektrischer Apparate, wie: Bügeleisen, Tauchsieder, Kocher usw. bedienen, die mehr als 200 Watt Energie verzehren. Die Verhandlungen über diesen Haushaltstarif sind nun in den letzten Tagen beendet worden.

Andererseits schlug das Bürgermeisteramt dem E. W. noch gewisse Rabatte vor, die ganz besonders der armen Bevölkerung mit billigem Licht dienen sollen. Diese Rabatte können bis zu 20 Prozent der Stromrechnung erreichen — ganz gewiß eine sehr beträchtliche Verbilligung! Auch hierüber mußten langwierige Berechnungen und Verhandlungen geführt werden. Auch diese sind, parallel mit jenen wegen des Haushaltstarifes geführt, nach der unvermeidlichen Pause der Ferien- und Urlaubszeit, in diesen Tagen beendet worden, und es können nunmehr beide Arten der vom Gemeinderat zur Einführung vorgesehenen Begünstigungen der Oeffentlichkeit bekannt gegeben werden.

A. Der Haushaltstarif.

Der Strombezieher benötigt einen eigenen Zähler, den sog. Vergütungszähler, neben dem normalen Zähler. Dieser Vergütungszähler wird nicht vom Konsumenten gekauft, sondern vom E. W. beigestellt; er ist tragbar, kann an jeder Steckdose angeschlossen werden, und an ihn wird der zu benützende Apparat angeschlossen. Wenn der Strombezieher dem E. W. einen monatlichen Bezug von mindestens 4 (vier) Kilowattstunden verbürgt — und die erreicht er schon mit ca. 10stündigem Bügeln im Monat! — so hat er überhaupt keine Zählermiete zu zahlen. Glaubt er aber nicht einmal diese geringe Verpflichtung auf sich nehmen zu können, so ist eine Zählermiete von 1 (einem) Zloty monatlich zu entrichten. Diese Bedingungen mußten aufgenommen werden, um einer mutwilligen Anforderung der teuren Zähler vorzubeugen. Die Herabsetzung der Zählermiete von 1.30 Zloty auf 1.00 Zloty, bezw. der gänzliche Nachlaß der Zählermiete wurde seitens der Stadtgemeinde zu ihren Lasten durchgeführt, um selbst der armen Bevölkerung die Ausnutzung dieses günstigen Tarifes, also hygienisches Bügeln usw. zu ermöglichen. Der Strompreis beträgt dann für die ersten 10 Kilowattstunden im Monat nur 36 Groschen, für die weiteren gar nur 20 Groschen. 10 Stunden Bügeln im Monat kostet also, wenn die Garantie für 4 Kilowattstunden geleistet worden ist, nur ca. 1.50 Zloty.

B. Die Rabatte für Licht.

Diese Rabatte beruhen auf den allgemeinen Grundlagen der Errechnung elektrischer Tarife. Je mehr Stunden im Tage eine Anlage ausgenutzt wird, um so billiger stellt sich der Strom — und je mehr ein Abnehmer an Strom bezieht, um so weniger entfällt auf ihn an allgemeiner Regie. Uns interessiert hier nur die Ausnutzung, da die Lichtabnehmer ja durchwegs sehr wenig Strom verbrauchen. Die Rabatte werden abgestuft nach der Dauer der Ausnutzung, d. i. nach „Ausnutzungsstunden“. Die Ausnutzungsstunden errechnen sich aus dem „Anschlußwert“, dem Produkt aus der Anzahl der Lampen und deren Stromverbrauch. Hat also ein Strombezieher im Zimmer eine 25-Watt-Lampe und in der Küche eine 15-Wattlampe, so ist sein Anschlußwert 25 und 15, zusammen 40 Watt. Die erste Rabattstufe erreicht er mit 401 jährilichen Ausnutzungsstunden, also nach einem Verbrauch von 40 mal 101, d. i. 16 040 Wattstunden, d. i. 16.40 Kilowattstunden im Jahre, usw., und zwar baut sich der Tarif wie folgt auf:

Jahresausnützungsstunden	Rabatt %	oder statt 0,78 Zł nur Zł pro Kwh
von 401— 500	7,5	0,7215
501— 600	10	0,702
601— 700	12,5	0,6825
701— 800	15	0.663
801—1900	17,5	0,6435
über 1000	20	0,624

Diese Rabatte haben natürlich nur dann einen Sinn und Wert, wenn sie wirklich von den Strombeziehern erreicht werden können. Deswegen hat das Bürgermeisteramt weitreichende statistische Erhebungen im E. W. anstellen lassen, und eine große Anzahl von Wohnküchen, Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen auf ihren tatsächlichen Anschlußwert sowie den im Jahre 1931 erreichten Stromkonsum untersuchen lassen. Die Statistik ergab, daß Kleinwohnungen fast durchwegs den Rabatt erreichten, ebenso ein erheblicher Teil der Geschäftsläden, und daß alle Konsumenten mit nur einem Wohnraum und 1—2 Lampen, im Vorjahre sogar die höchste Stufe, also den 20prozentigen Rabatt erreicht hätten. Es stellt sich z. B. für eine Wohnküche mit einer 25-Wattlampe der Strompreis wie folgt: bis zu 10 Kilowattstunden zu 0.78 Zloty, die nächsten 2 Kilowstd. nur noch zu 0.72 Zl., die weiteren 2½ Kilowstd. zu 0.70 Zl., die weiteren 2½ Kilowstd. zu 0.68 Zl., die nächsten 2½ Kilowstd. zu 0.66 Zloty, dann weitere 5 Kilowattstunden zu 0.64 Zloty, und über einen jährlichen Konsum von 25 Kilowstd. hinaus nur noch 0.62 Zl.

Beide Begünstigungen können nebeneinander von den Strombeziehern ausgenutzt werden, derart, daß die Berechnung des Anschlußwertes für die Anwendung der Rabatte ohne Berücksichtigung der mit einem Vergütungszähler benützten Apparate erfolgt. Das ist ein weiterer Vorteil für die Konsumenten, besonders für ärmere Kreise, die eine kleine Wohnung innehaben, aber auch die großen Vorteile von elektrischen Bügeleisen usw. genießen sollen.

Es muß festgestellt werden, daß das E. W. in seinem Vorschlag vom 26. v. Mts. dem Ergebnis langer Verhandlungen und Berechnungen, ausdrücklich erklärt, die Begünstigungen des Haushaltstarifes sowie der Rabatte nur dann einräumen zu können, wenn ein Streik oder Boykott unterbleibt, weil durch derartige Maßnahmen eine Schädigung der Geschäftslage zu erwarten ist, die es unmöglich machen würde, diese Zugeständnisse aufrecht zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die gewissenhafteste ständige Kontrolle und Ueberprüfung des E. W. in den Geschäftsjahren 1931 und 1932 die vielfach erhobenen Vorwürfe von Riesengewinnen unberechtigt erscheinen läßt. Im Gegenteil, die im Vorjahre vorgenommene 10prozentige Strompreisherabsetzung und der unvorhergesehene, ganz katastrophale Rückgang bez. des Großkraftkonsums haben bewirkt, daß heute von einem eigentlichen Gewinn kaum mehr gesprochen werden kann. Jeder vorurteilslose und mit den gegebenen Tatsachen rechnende Laie wird auf Grund der obigen Ausführungen wohl einzusehen vermögen, daß die Stadtgemeinde Bielsko nicht allein sehr viel unternommen, sondern ganz bedeutende Vorteile für die strombeziehende Bevölkerung erreicht hat. Es liegt nun an dieser Bevölkerung, sich selbst zu entscheiden, ob sie lieber diese sicheren Vorteile wählen, oder sich für einen Kampf im Wege eines Strombojkotts entscheiden will.

Achtung Lokal-, Kultur- und Jugendorganisationen! Die Parteischule beginnt in diesem Jahre am Montag, den 24. Oktober 1932. In diesem Jahre wird wieder ein reichhaltiges Thema als Lehrplan aufgestellt und es ist daher Aufgabe aller Vorstände, genannter Organisationen, für die Parteischule mehrere Genossen zu delegieren. Eine jede soz. Organisation in jeder Gemeinde, muß ihre Vertreter in die Parteischule entsenden. Jugendgenossen, benützet die Gelegenheit, sich etwas Wissen anzueignen. Beginn 6 Uhr abends.

Voranzeige. Die Generalversammlung der Ski-Sektion des T. V. „Die Naturfreunde“ in Polen findet am Sonntag, den 16. Oktober l. Js., um 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim Aleksandrowice statt. Anträge zu dieser Generalversammlung sind spätestens bis 13. Oktober an den Obmann einzusenden. Alles Nähere wird noch bekannt gegeben.

Alt-Bielitz. Am Donnerstag, den 20. Oktober findet um 7 Uhr abends im Gasthaus des Andreas Schubert, die fällige Vorstandssitzung des sozialdem. Wahlvereins „Vorwärts“ statt, wozu alle berufenen Genossen vollzählig und pürktlich zu erscheinen haben.

Alexanderfeld. (Für die Naturfreunde.) Am Dienstag, den 18. Oktober findet um 7 Uhr abends im Arbeiterheim Alexanderfeld die fällige Vorstandssitzung statt. Nachdem äußerst wichtige Angelegenheiten erledigt werden müssen, wird um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht.

Achtung Arbeitergesangvereine! Dienstag, den 18. Oktober l. Js., findet um 5 Uhr nachm. im Arbeiterheim eine Gau-Vorstandssitzung statt. Die Vorstandsmitglieder wollen unbedingt vollzählig erscheinen. Der Obmann.

Wahlverein „Vorwärts“ Nikelsdorf. Dienstag, den 18. Oktober l. Js., findet bei Huppert um 8 Uhr abends eine Vorstandssitzung statt. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

A. G. V. „Eintracht“ Nikelsdorf. (Bunter Abend.) Am Sonntag, den 16. Oktober veranstaltet obiger Verein b. H. Genser einen bunten Abend, verbunden mit gesanglichen, deklamatorischen und musikalischen Vorträgen. Beginn 5 Uhr nachm. Eintritt: Freiwillige Spenden. Alle Freunde und Gönner werden herzlichst eingeladen und ersucht, den Abend zahlreich zu besuchen. Der Vorstand.

Voranzeige! Der Verein Jugendlicher Arbeiter Bielsko veranstaltet am Samstag, den 15. Oktober l. Js. in den Lokalitäten des Arbeiterheimes seine diesjährige Jugendfeier mit gutem und reichhaltigem Programm. Alle Parteigenossinnen u. -genossen sowie Kultur-, Sportvereine und Sympathiker werden schon jetzt auf das Herzlichste eingeladen und ersucht, sich diesen Tag freizuhalten. Der Vorstand.

Voranzeige. Der Verein jugendlicher Arbeiter Alexanderfeld veranstaltet am 15. Oktober in den Lokalitäten des Herrn Walloschka („Zum Patrioten“) ein „Herbstfest“ verbunden mit gesanglichen und deklamatorischen Vorträgen und erlaubt sich schon heute seine Freunde und Gönner auf das herzlichste einzuladen. Der Vorstand.

Vermischte Nachrichten

Fünf Millionen verschoben?

Gegen den in Berlin im Verdacht der Effektenschiebung festgenommenen ehemaligen Gerichtsassessor Dr. Böhmer, seine Frau und vier weitere Beteiligte wurde Haftbefehl erlassen. Es sollen von Dr. Böhmer und seinen Helfern Effekten im Werte von 5 Millionen Mark auf unzulässige Weise verkauft worden sein. Man kam der Affäre durch einen Zufall auf die Spur. Als Dr. Böhmer im Zusammenhang mit anderen kleineren Effektenschiebungen mit dem Leiter eines Berliner Bankhauses konfrontiert wurde, erklärte der Bankier zum Erstaunen der Polizei: „Das ist doch Herr Munnecke, auf dessen Namen, angeblich im Auftrag adeliger Verwandter, Effektenbeträge im Wert von Millionen verkauft worden sind!" Die Polizei stellte rasch fest, daß Dr. Böhmer seine gesetzwidrigen Geschäfte unter Benutzung eines von dem Schriftsteller Munnecke aus Oebisfelde verlorenen Passes durchgeführt hat. Hauptsächlich soll er mit Holland gearbeitet haben.

Kühne Forschungsreise einer Frau.

Nach einem langen und abenteuerreichen Aufenthalt in Madagaskar ist eine junge Französin, Fräulein Basse, mit einer Menge wertvollen und bisher unbekannten Materials nach Paris zurückgekehrt. Die Anstrengungen und Gefahren, die diese junge Frau auf sich nahm, zeigen, welche Kräfte die Frau auf wissenschaftlichem Gebiet einzusetzen vermag. Als 1930 der französische Kolonial-Minister nach einem jungen Gelehrten suchte, der in den wenig erforschten Gebieten Madagaskars topographische und geologische Erhebungen anstellen könnte, da meldete sich auch Fräulein Basse, die an der Sorbonne studierte. Aber man beachtete ihr Gesuch nicht, weil man ein weibliches Wesen der Aufgabe nicht für gewachsen hielt. Erst als sich keine männlichen Bewerber fanden, griff man auf das Mädchen zurück, das sich nun im Auftrag des Ministeriums auf die Reise begab. Viele Monate trotzte das kühne junge Mädchen, nur von einer Schar von Eingeborenen begleitet, allen Gefahren des Urwaldes im Süden der Insel. Sie führte keine andere Waffe bei sich als einen Hammer für ihre geologischen Arbeiten. Nun ist sie mit Karten und anderen Aufnahmen bisher unbekannter wilder Gebiete und mit einer großen Sammlung geologischer, tierischer und pflanzlicher Seltenheiten heimgekehrt. Sie will ihr Material in einer Doktorarbeit veröffentlichen, von der man sich wertvollen Zuwachs zu der Kenntnis von Madagaskar verspricht.

Dem Geheimnis der alten italienischen Geigen

glauben zwei Baseler Geigenbauer auf die Spur gekommen zu sein. Sie haben nämlich entdeckt, daß die Geigen der italienischen Meister nicht nur lackiert, sondern auch mit Metall imprägniert waren. Mit der Lösung, die sie im Anschluß an diese Entdeckung hesterllten, behandelten sie nun gewöhnliche Geigen und verbesserten ihre Klangfülle außerordentlich. Auch bei Klavieren und Flügeln erzielten sie ähnliche Resultate.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

11,58 Zeitzeichen, Glockengeläut; 12,05 Programmansage; 12,10 Presserundschau; 12.20 Schallplattenkonzert; 12,40 Wetter; 12,45 Schallplattenkonzert; 14,00 Wirtschaftsnachrichten; 14.10 Pause; 15,00 Wirtschaftsnachrichten.

Sonnabend, den 15. Oktober.

13,10: Schul-Morgenfeier. 16: Kinderfunk. 16,25: Etwas vom Fliegen. 16,40: Vortrag. 17: Konzert. 17,40: Aktueller Vortrag. 18: Leichte und Tanzmusik. 18,55: Sport-Feuilleton. 19,10: Verschiedenes. 20: Soldatenlieder. 22,05: Chopin-Konzert. 22,40: Feuilleton. 23: Tanzmusik.

Breslau und Gleiwitz.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

6,20 Morgenkonzert; 8,15 Wetter, Zeit, Wasserstand, Presse; 13,05 Wetter, anschließend 1. Mittagskonzert; 13,45 Zeit, Wetter, Presse, Börse; 14,05 2. Mittagskonzert; 14,45 Werbedienst mit Schallplatten; 15,10 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.



Schmelings Rückkehr nach Berlin

Max Schmeling (der Zweite von rechts) mit dem deutschen Schwergewichtsboxer Hinzmann bei seiner Ankunft in der Reichshauptstadt, wo er sich von seinem Kampf mit Mickey Walker ausruhen will, um dann, wie er hofft, in USA dem Weltmeister Sharkey in einem Treffen um den Weltmeister-Titel gegenüber gestellt zu werden.

Sonnabend, den 15. Oktober.

11,30: Wetter; anschl.: Konzert. 15,40: Die Filme der Woche. 16: Die Umschau. 16,30: Unterhaltungskonzert. 18: Das Buch des Tages. 18,15: Die Zusammenfassung. 18,45: Der Zeitdienst berichtet. 19,15: Schallplattenkonzert. 20: Heimat in Schlesien; in der Pause: Abendberichte. 22,30: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,45: Tanzmusik.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Knurow. Am Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im bekannten Lokal eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt statt. Als Referent erscheint der Genosse Matzke.

Tarnowitz und Umgegend. Am Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 9½ Uhr im Schützenhaus Mitgliederversammlung. Die Ortsvereine der Umgegend werden ersucht, sich an dieser Versammlung zu beteiligen. Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen am Sonntag, den 16. Oktober 1932.

Chropaczow. Vorm. 10 Uhr, bei Scheliga.
Bielschowitz. Vorm 9½ Uhr, bei Lesch.
Ober-Lazisk. Nachm. 3 Uhr, bei Mucha. Referent: Genosse Adamus.
Referenten zur Stelle. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Monatsplan der S. A. J. Katowice, für Monat Oktober

Sonntag, den 16. Oktober: Heimabend.
Montag, den 17. Oktober: Brett-Leseabend.
Dienstag, den 18. Oktober: Diskussionsabend.
Donnerstag, den 20. Oktober: Rätselabend.
Sonntag, den 23. Oktober: Heimabend.
Montag, den 24. Oktober: Brett-Leseabend.
Dienstag, den 25. Oktober: Lichtbildervortrag.

Zwiazek Lokatorów na Województwo Slaskie (Mieterschutzverein) Kolo Mikolow.

Am Sonntag, den 16. Oktober, findet eine Mitgliederversammlung des Mieterschutzvereins im Lokale „Ciossek", Ring, nachmittags um 1 Uhr, statt. Es wird um vollzähliges Erscheinen ersucht. Referent erscheint.

Arbeiter-Sängerbund.

Am Sonntag, den 16. d. Mts., vormittags 10 Uhr, Vorstandssitzung im Zentralhotel. Die Bundesleitung.

Bismarckhütte. Der Volkschor Bismarckhütte veranstaltet am Sonntag, den 16. Oktober, im Saale des Hüttengasthauses Brzezina ein Chorkonzert. Die Bundesvereine werden gebeten, zum Gelingen dieser Veranstaltung durch regen Besuch beizutragen.

Königshütte. (Volkschor „Vorwärts".) Freitag den 14. Oktober, nachmittags 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung.

Königshütte. (Holzarbeiter.) Sonnabend, den 15. Oktober, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus. Bestimmtes Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Königshütte. (Freidenker.) Am Sonntag, den 16. Oktober d. Js., vormittags 9 Uhr, findet unsere Mitgliederversammlung statt. Als Ausweis Mitgliedsbuch mitbringen. Den Ort der Tagung kann man beim Vorstand erfahren.

Königshütte. (Vorstandssitzung.) Am Dienstag, den 18. Oktober, nachmittags 6 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses eine wichtige Sitzung der Vorstände der Partei, Gewerkschaften, der Kulturvereine und der Jugend statt. Infolge der Wichtigkeit der Besprechung werden die angeführten Vorstandsmitglieder gebeten, zu dieser Sitzung zu erscheinen oder im Verhinderungsfalle Vertretung zu entsenden. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

Siemianowitz. (Ortsausschuß.) Am Freitag, den 14. Oktober, um 6 Uhr abends. wichtige Sitzung im D. M. V.-Büro.

Siemianowitz. (Malerverband.) Am Sonnabend, den 15. Oktober, abends um 6 Uhr, findet bei Kozdon eine außerordentliche Versammlung des Malerverbandes statt. Alle Kollegen haben pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen!

Schwientochlowitz. (T. V. „Die Naturfreunde".) Sonntag, den 16. Oktober 1932, abends 6 Uhr, veranstaltet die hiesige Ortsgruppe des T. V. „Die Naturfreunde" im Saale des Herrn Bialas ulica Czarnolesna, einen „Bunten Abend", mit einem vielseitigen Programm. Alle Mitglieder der Partei und Kulturvereine, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins sind herzlichst eingeladen. Eintritt 0.75 und 0.50 Zloty. Erwerbslose und Kinder 0.30 Zloty.

Bismarckhütte. (Volkschor „Freiheit".) Genossen, Genossinnen, Gewerkschaftler, Gönner und Freunde des deutschen Liedes, besucht alle mit Angehörigen den Liederabend der freien Sänger am Sonntag, den 16. Oktober 1932, abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Brzezina (Arbeiter-Kasino).

Nikolai. Am Sonnabend, den 15. Oktober, um 6 Uhr abends, findet eine gemeinsame Versammlung der D. S. A. P., D. M. V., sowie auch der Arbeiterwohlfahrt und Kulturvereine im bekannten Lokale statt. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht. Referent: Genosse Buchwald.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Die Ortsgruppe Kattowitz des „Bund für Arbeiterbildung" eröffnet am Dienstag, den 18. Oktober, abends ½8 Uhr, im Saale des „Zentralhotel" ihre diesjährige Vortragsreihe und ladet hierzu alle Mitglieder der Kulturvereine, Gewerkschaften und Partei ein. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß am 20. d. Mts., um 8 Uhr abends, im Zentral-Hotel, der neue Esperantokursus beginnt. Dieser wird nach der berühmten „Cseh"-Methode durchgeführt und dauert, bei zwei Uebungsabenden wöchentlich, drei Monate. Kostenpunkt für die ganze Kursusdauer 4 Zloty, Arbeitslose 2 Zloty. Bei genügender Teilnehmerzahl wird der Preis noch ermäßigt.

Königshütte. Wir beginnen unser Winterhalbjahr mit einem Theaterabend am Sonntag, den 16. Oktober. Zur Aufführung gelangt „Der Fall Beyer". Schauspiel in 4 Akten von Fritz Jubisch. Preise der Plätze von 0.30 Zloty bis 1.10 Zloty. Anfang 7 Uhr abends. Vorverkauf in der Bibliothek beim Gen. Parczyk.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.